

Digitaler
Sonderdruck

Zeitschrift für das ge
REDITWESEN

77. Jahrgang · 15. Juni 2024

12-2024



Mitherausgeber dieser Ausgabe:
Bundesverband Öffentlicher
Banken Deutschlands, VÖB, e.V.

Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

FÖRDERBANKEN 2024

Im Standortwettbewerb
Michael Hüther / Simon Gerards Iglesias

Michael Hüther / Simon Gerards Iglesias

Im Standortwettbewerb

Zustand und Ausblick der deutschen Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in schwierigem Fahrwasser. In den jüngsten Daten zum Bruttoinlandsprodukt zeigt sich zwar eine leichte Aufwärtsbewegung im ersten Quartal 2024, die eine willkommene Wendung nach einer Phase schwacher wirtschaftlicher Leistung in Deutschland markiert. Dieser Anstieg wurde insbesondere durch positive Impulse aus dem Industriesektor und dem Baubereich vorangetrieben. Trotz dieser vorsichtigen Erholung bleiben die wirtschaftlichen Aussichten jedoch von globalen Unsicherheiten und politischen Herausforderungen hierzulande geprägt.

Die geopolitische Weltlage bleibt angespannt, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sowie die Spannungen zwischen China und den USA prägen weiterhin das Umfeld für unternehmerische

Entscheidungen. Dies wirkt sich besonders auf die Investitionen, die Preise und die globale Logistik aus, und es stellt ein konjunkturelles Risiko dar. Auch die bevorstehenden Europawahlen und die Unsicherheiten bezüglich der Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2024 tragen zur Verunsicherung bei.

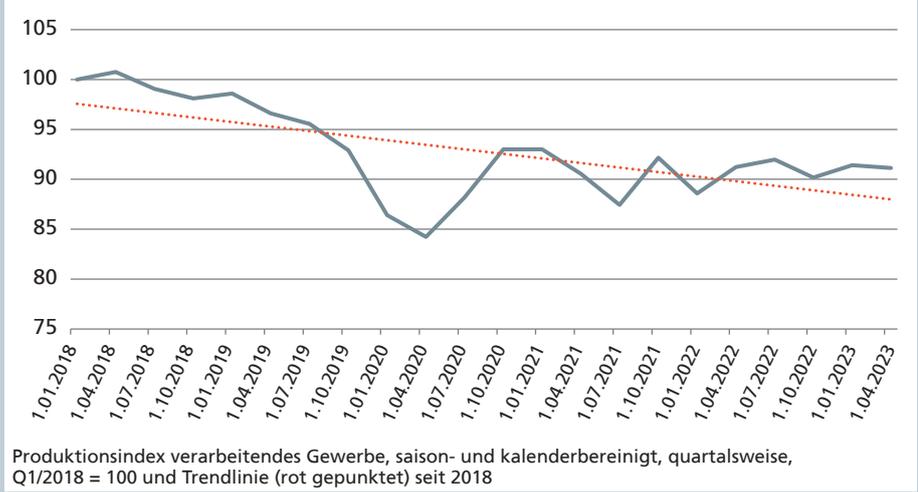
In diesem schwierigen globalen Umfeld bleiben die deutschen Unternehmen mit heimischen Herausforderungen konfrontiert. Trotz einiger Beruhigung der Energiekosten belasten steigende Arbeitskosten und eine schwache Produktivität die Wettbewerbsfähigkeit. Hohe Steuerlasten erschweren Investitionen und Innovationen, was wiederum die Produktivität beeinträchtigt und die Standortattraktivität mindert. Zudem trägt der Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte seit dem Verfassungsgerichtsurteil zur Verunsicherung über den mittelfristigen

Rahmen für den Umbau zur Klimaneutralität bei, was die Transformationsanstrengungen der Privatwirtschaft verlangsamt.

Herausfordernde Rahmenbedingungen

Insgesamt deuten die aktuellen Daten darauf hin, dass die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 keine signifikante Erholung zum Vorkrisenniveau erfahren wird; die Stagnation bleibt prägend. Die Rahmenbedingungen sind herausfordernd und eine grundlegende Entspannung ist nicht in Sicht. Die Aussichten hängen stark von den politischen Entwicklungen im Inland und Ausland ab, zudem wirken immer stärker die angebotsseitigen Herausforderungen – die Desintegration der Weltwirtschaft, die demografische Alterung sowie der Umbau zur Klimaneutralität – prägend auf das Wachstumspotenzial.

Abbildung 1: Industrierezession seit 2018



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wachstumsschwäche: Gründe und Maßnahmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Die Wachstumsschwäche der deutschen Volkswirtschaft ist vielschichtig und hat vielfältige strukturelle Ursachen. Deutschland konnte im „goldenen Jahrzehnt“ von der globalen Finanzkrise bis zur Pandemie in besonderer Weise von der Integration in die Weltwirtschaft profitieren; die deutsche Volkswirtschaft war durch die Globalisierungsdividende begünstigt. Das ist seit der Pandemie anders geworden. Infolge der Grenzschließungen und der Stillstandsökonomie sind die Lieferketten in Unordnung geraten und die Logistiksysteme fundamental gestört worden. Die Folgen für die Kunden waren steigende Preise für viele Endprodukte,

sodass die Inflationsraten im Laufe des Jahres 2021 – unabhängig von den sukzessive sich verteuernenden fossilen Energieträgern – bereits deutlich anstiegen. Länger als seinerzeit erwartet wirken die Lieferkettenprobleme nach, und zwar bis heute.

Die mittlere notorische Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft wird evident, wenn man sich die Produktionszahlen im verarbeitenden Gewerbe ansieht, das sich seit 2018 in einer veritablen Rezession befindet (siehe Abbildung 1). In deren Folge wurden die Investitionen deutlich zurückgefahren.

Insbesondere die Bruttoausstattungsinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe liegen immer noch deutlich unter dem Niveau des Jahres 2019. Auf der Produktionsseite ist ein massiver Rückgang um bis zu 25 Prozent bei den energieintensiven Industrien zu verzeichnen, bedingt durch die hohen Energiekosten. Dies spiegelt sich auch in den vergleichsweise geringen Investitionen dieser Branchen wider, was schon seit zwei Jahrzehnten über negative Nettoinvestitionen zu einem schrumpfenden Kapitalstock geführt hat (siehe Abbildung 2).

Diese Herausforderungen verdeutlichen die lang anhaltenden Schwierigkeiten auf der Angebotsseite und beeinflussen die gesamtwirtschaftliche Lage.

Strukturelle Probleme im deutschen Geschäftsmodell

Die Schwierigkeiten im verarbeitenden Gewerbe reichen jedoch weiter zurück als die jüngsten Schocks. Sie stehen symptomatisch für strukturelle Probleme im deutschen Geschäftsmodell, insbesondere im Zusammenhang mit seinem Industriedienstleistungsverbund. Die Unsicherheiten über die Zukunft der Globalisierung belasten vor allem die deutsche Wirtschaft, die stark von weltwirtschaftlicher Integration profitiert hat.

Zusätzlich belastet der demografische Wandel die Wirtschaftsaussichten erheblich, da das Erwerbspersonenpotenzial

bereits bis 2030 deutlich sinken wird. Der Fachkräftemangel beeinträchtigt schon jetzt spürbar die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und treibt die Lohnstückkosten nach oben. Gleichzeitig steht Deutschland vor einem forcierten Strukturwandel hin zur Klimaneutralität bis 2045 gemäß dem Klimagesetz.

Dies alles führt dazu, dass das Potenzialwachstum der deutschen Volkswirtschaft, also das technisch mögliche und ökonomisch darstellbare Wachstum bei voll ausgelasteten Kapazitäten, nur noch bei knapp 0,5 Prozent liegt. In dieser Situation sind die allgemeinen Standortbedingungen von zentraler Bedeutung für die Wirtschaftspolitik. Es bedarf einer breiten Verbesserung der Investitionsbedingungen, der Sicherung bestehender Stärken und der Reduzierung bürokratischer Lasten. Die Bundesregierung muss daher dringend Maßnahmen ergreifen, um die Standortbedingungen zu verbessern, einschließlich der Unterstützung der Unternehmen in der Übergangszeit zu einer günstigen Energieversorgung und durch Senkung der Steuer- und Abgabenlast.

Es ist entscheidend, die Transformation zur Klimaneutralität wachstumsorientiert zu rahmen und nicht von den Grundlagen für Wertschöpfung und Wachstum zu entkoppeln. Die ordnungspolitischen Grundprinzipien einer erfolgreichen Transformationsstrategie umfassen die Kontinuität der Wirtschaftspolitik, die Technologieoffenheit und die effiziente Bereitstellung von Mitteln für private Investitionen. Die besondere Herausforderung der Transformation zur Klimaneutralität verlangt eine hohe Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft, wobei die einzelnen Schritte einer doppelten strategischen Unsicherheit erliegen: einmal wie üblich bei den Unternehmen, sodann durch den politischen Suchprozess für die angemessene Orientierung und Rahmung der betriebswirtschaftlichen Entscheidungen.

Reform der Schuldenbremse

Angesichts der aktuellen Haushaltsprobleme und der Regelung der Schulden-



Prof.
Dr. Michael Hüther

Direktor und Mitglied des Präsidiums,
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.,
Köln



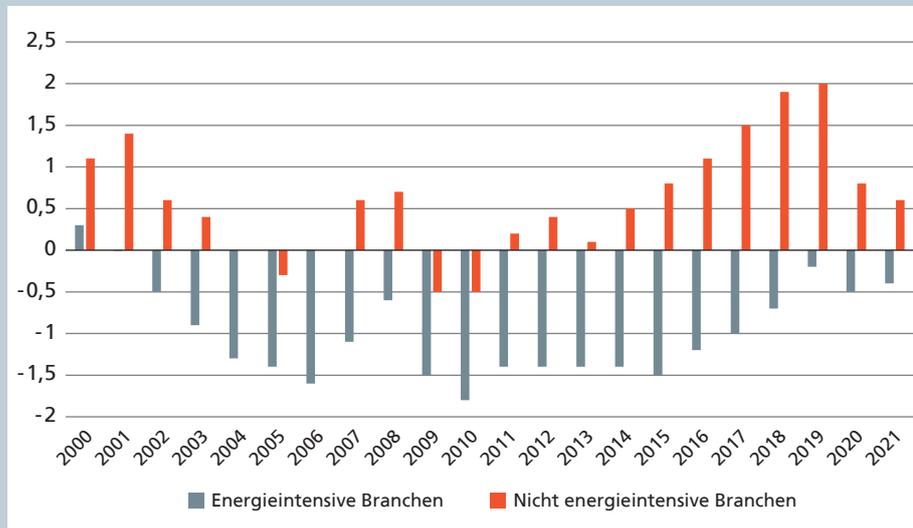
Dr. Simon Gerards
Iglesias

Persönlicher Referent des Direktors,
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.,
Köln

Europa und mit ihm Deutschland befinden sich in einem globalen Standortwettbewerb. Michael Hüther und Simon Gerards Iglesias befassen sich im vorliegenden Beitrag mit Deutschlands Ausgangslage im Standortwettbewerb, aber auch mit den Problemen und arbeiten Lösungsvorschläge aus. Die Autoren sehen die deutsche Wettbewerbsfähigkeit durch steigende Arbeitskosten und eine schwache Produktivität belastet. Gleichzeitig warten große Umwälzungen mit hohem Investitionsbedarf auf Deutschland. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass derzeit das Potenzialwachstum der Deutschen Wirtschaft lediglich bei 0,5 Prozent liege. Sie fordern daher die Bundesregierung auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Standortbedingungen verbessert würden. Dazu gehöre die Unterstützung der Unternehmen in der Übergangszeit zu einer günstigen Energieversorgung und eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Darüber hinaus halten Hüther und Iglesias eine Reform der Schuldenbremse hin zu einer wachstumsorientierten Ausrichtung für zielführend. (Red.)

bremse steht die Politik vor der Herausforderung, sowohl die Transformation als auch den Standortwettbewerb zu bewältigen. Eine Reform der Schuldenbremse hin zu einer wachstumsorientierten Ausrichtung wäre ein wichtiger Schritt, um eine nachhaltige Grundlage für eine erfolgreiche Transformation und einen wettbewerbsfähigen Standort zu schaffen. Das gilt infrastrukturell ebenso wie steuerpolitisch; wenn die Volkswirtschaft

Abbildung 2: Kapitalstock des verarbeitenden Gewerbes, preisbereinigt, Wachstum im Vergleich zum Vorjahr (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen von M. Hüther/S. G. Iglesias

ein unbekanntes Territorium beschreitet – wie mit dem Klimapfad –, dann bedarf es eines hohen Maßes an Handlungsfähigkeit und Agilität. Die Spielräume der Unternehmen und damit die Ertragsaussichten für die transformativen Investitionen müssen durch umfassende Entlastungen – steuerlich wie bürokratisch – und angemessene Infrastruktur gesichert werden.

Die veränderte Rolle des Staates: öffentliche Investitionen zum Gelingen des Strukturwandels per Termin. Die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit steht vor dem Hintergrund der Transformation zur Klimaneutralität, deren Dringlichkeit durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz von 2021 noch einmal unterstrichen wurde. Gleichzeitig steht die Politik vor der Herausforderung, das Ziel der Klimaneutralität mit beschränkten Haushaltsmitteln zu bewerkstelligen. Zur Erreichung der Klimaneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts werden schätzungsweise zwischen 8 bis 10 Billionen Euro an Investitionen benötigt, wovon der Großteil privat getätigt werden muss.

Zugleich leiten sich daraus – wegen ihrer Voraussetzungenfunktion zwingend – öffentliche Investitionsbedarfe ab, die beispielsweise zum Erhalt, zum Ausbau und

zum Neubau von Infrastruktursystemen (Wasserstoff, Wärmenetze, Verkehr) benötigt werden. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat gemeinsam mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung 2019 diesen öffentlichen Investitionsbedarf auf 450 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 taxiert. In einer aktualisierten Berechnung aus dem Jahr 2024 ergibt sich unter Berücksichtigung zwischenzeitlich getätigter Investitionen wie neu entstandener Aufgaben ein Bedarf

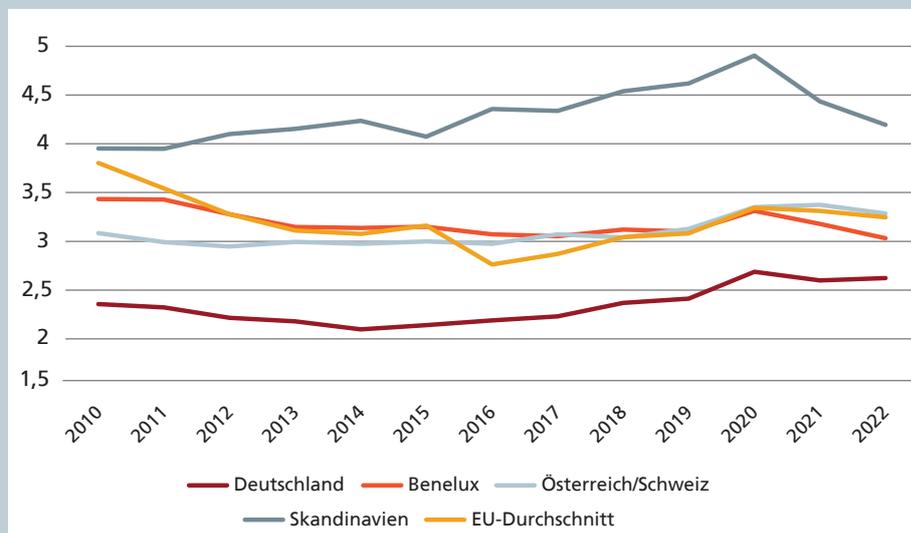
von rund 600 Milliarden Euro für die kommenden zehn Jahre.

Nachtragshaushalt erforderlich

In Anbetracht der gegenwärtig angespannten Haushaltssituation und der kontinuierlich wachsenden fiskalischen Verpflichtungen neben der Transformation, wie beispielsweise im Verteidigungsbereich, lassen sich diese Bedürfnisse nicht allein aus dem regulären Haushalt auf der Basis von Steuereinnahmen bewältigen. Die durch das Bundesverfassungsgericht konkretisierte Rechtslage hat dies nochmal verdeutlicht. Das Urteil zum zweiten Nachtragshaushalt des Bundes für das Jahr 2021 hatte weitreichende Folgen für die Tagespolitik, da die Verfassungswidrigkeit vom Gericht mit einer Nichtigerklärung verbunden wurde.

Dadurch wurden Zahlungen aus den Krisenschulden für die Pandemiebekämpfung in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) annulliert, was den Bundeshaushalt für das Jahr 2023 in eine verfassungswidrige Situation brachte. Dies erforderte einen Nachtragshaushalt, um die rechtliche Absicherung von Zahlungen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds und der Aufbauhilfe für die von der Flutkatastrophe 2021 betroffene

Abbildung 3: Öffentliche Investitionen in ausgewählten Ländern (Anteil am BIP in Prozent)



Quelle: Macro-Economic Database AMECO



nen Regionen sicherzustellen. Die Folge ist, dass 60 Milliarden Euro aus dem KTF eingespart werden mussten, die auch für Investitionen in die Transformations-Agenda vorgesehen waren.

Deutschland im internationalen Vergleich sehr schwach

Die aktuellen Haushaltsberatungen für das Jahr 2025 stehen ebenfalls vor Herausforderungen, und zwar einerseits aufgrund der Unterdeckung des KTF und der Überschreitung der grundgesetzlichen Verschuldungsgrenze im Jahr 2024 sowie andererseits aufgrund der seit längerem wirksamen fiskalischen Überdehnung im Normalhaushalt. Trotz intensiver Bemühungen der Bundesregierung, die Defizite durch Einsparungen, Umschichtungen und Verschiebungen zu verringern, bleibt eine beachtliche Unsicherheit bestehen, insbesondere in Bezug auf standortpolitische Maßnahmen und die Frage, wie die Transformation der Volkswirtschaft verlässlich gelingen kann.

Klar ist in jedem Fall, dass es absehbar eine große Steuerreform mit spürbarer Entlastung nicht geben wird, weil diese unter den Bedingungen der Schuldenbremse vorfinanziert werden müsste, was politökonomisch völlig unrealistisch ist. Nicht einfacher ist es, das Mehr an öffentlichen Investitionen zu bewältigen. Der internationale Vergleich macht besonders eindrücklich, wie weit Deutschland zurückgefallen ist. Die Investitionen sind seit Jahren unbefriedigend und sie entsprechen weder den transformationspolitischen noch den demografischen Herausforderungen. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland sehr schwach ab (siehe Abbildung 3).

Ohne eine rechtlich wirksame und transformatorisch sowie wettbewerbspolitisch notwendige Kehrtwende in der Fiskalpolitik wird der Umbau der Volkswirtschaft zur Klimaneutralität schwerlich gelingen. Es ist entscheidend, Brüche in den relevanten Ausgabenpositionen zu vermeiden und eine strategische Neuausrichtung der Klimapolitik anzustreben. Die Transformation erfordert ein intensi-

Abbildung 4: Investitionsbedarfe und Finanzierungsinstrumente

Öffentliche Investitionen	Private Investitionen
<p>Infrastrukturertüchtigung: positiver Nettoeffekt auf Kapitalstock (Qualitätsverbesserung)</p> <p>Infrastrukturneu(um)bau: kein (oder nur minimaler) Nettoeffekt auf den Kapitalstock, da gleichzeitig entsprechende Abgänge vorzeitig stattfinden</p>	<p>Investitionen in neue Geschäftsmodelle: z. B. Elektromobilität und Brennstoffzelle</p> <p>Ausbau und innovative Weiterentwicklung bestehender Geschäftsmodelle: z. B. Produktion von Elektrolyseuren mit doppelter Transformationsleistung</p> <p>Transformation von Geschäftsmodellen: z. B. Stahl (Wasserstoff), Zement (CCS)</p>
<p>Finanzierung: öffentlicher Kredit wegen langfristiger Nutzenwirkung und drohender Überforderung der Transformationsgeneration (mehrfähriger Investitionsfonds)</p>	<p>Finanzierung für F&E: Forschungsförderung für die Kompensation positiver externer Effekte</p> <p>Finanzierung für den Markthochlauf: Leitmärkte, Contracts for Difference, staatliche Garantien, EU-Taxonomie</p> <p>Finanzierung für Effizienzgewinne: Investitionsprämie, EU-Kapitalmarktunion</p>

Quelle: M. Hüther / S. G. Iglesias

ves Zusammenwirken staatlicher und privater Investitionstätigkeit, um den volkswirtschaftlichen Kapitalstock rechtzeitig umzubauen und die Klimaziele zu erreichen.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Transformation auch eine Neuausrichtung der investitionsorientierten Verschuldung erfordert, da der Fokus nicht nur auf Produktivitätseffekten, sondern mitunter ausschließlich auf der Reduktion klimaschädlicher Emissionen liegt. Das hängt damit zusammen, dass viele transformatorische Investitionen nur einen Austausch vorhandener, noch nutzbarer Kapitalgüter (zum Beispiel Gaskraftwerke) gegen leistungsgleiche, aber emissionsärmere Kapitalgüter (zum Beispiel wasser-

Die Transformation zur Klimaneutralität erfordert freilich nicht nur einen Umbau der Infrastruktur, sondern auch staatliche Anreize für private Investitionen (siehe Abbildung 4). Diese ordnungspolitischen Eingriffe sind aus mehreren Gründen erforderlich:

- Erstens drohen bei der hohen Geschwindigkeit der Transformation Strukturbrüche, wenn die infrastrukturellen Erfordernisse in der Zukunft erfüllt werden, mittelfristig bindende unternehmerische Investitionsentscheidungen aber heute getroffen werden müssen (Problem der Fristentransformation). Unternehmen können dadurch auch Gefahr laufen, nicht schnell genug anpassungsfähig zu sein, wenn gleichzei-

„Der internationale Vergleich macht besonders eindrücklich, wie weit Deutschland zurückgefallen ist.“

stofffähige Gaskraftwerke) bedeuten. Diese Herausforderungen müssen im Rahmen einer ganzheitlichen und langfristig orientierten Lösung für die budgetpolitischen Herausforderungen des Bundes und der Länder berücksichtigt werden, beispielsweise indem Klimaeffekte mit Produktivitätseffekten gemeinsam bewertet werden.

tig neue Unternehmen diese Lücke (noch) nicht schließen können. Strukturbrüche würden bestehende Kapitalbestände und Ressourcen entwerten, was vermieden werden sollte.

- Zweitens besteht aufgrund der vielen Risiken, die mit infrastrukturellen Vorleistungen verbunden sind, eine funda-

mentale Verunsicherung bei den Investoren. Der Staat muss daher nicht nur (überbrückende) Lösungen für die Fristentransformation bereitstellen, sondern auch eine Risikotransformation organisieren, indem er staatlich induzierte Risiken abfedert oder übernimmt.

- Drittens ist eine angebots- und nachfrageorientierte Industriepolitik erforderlich, um Funktionsdefizite beim Markthoch-

Die Etablierung eines „Transformations- und Infrastrukturfonds“ (TIF) mittels einer Verfassungsänderung bietet eine vielversprechende Lösungsperspektive für die aktuellen Herausforderungen. Analog zur Lösung für das Bundeswehr-Sondervermögen könnte der TIF eine eigene Kreditermächtigung erhalten, was eine gezielte Finanzierung von Transformationsprojekten ermöglichen würde. Diese Maßnahme stärkt nicht nur die Zweckbindung

stellt eine weitere Hürde dar, insbesondere angesichts der unzureichenden Mittel für die geplanten Verteidigungsausgaben.

Sondervermögen als vielversprechender Lösungsansatz

In diesem Zusammenhang erweist sich ein Sondervermögen als ein vielversprechender Lösungsansatz. Trotz der notwendigen Zweidrittelmehrheit bietet es den Vorteil einer gesamtstaatlichen, planbaren und transparenten Strategie. Diese Eigenschaften könnten dazu beitragen, die Unsicherheit bei Investitionen zu reduzieren und eine effektive Bewältigung der vorliegenden politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu gewährleisten. Eine solche Lösung hätte nicht nur politische Vorteile, sondern würde auch den Erwartungen an eine wachstumsfördernde Politik gerecht, während gleichzeitig die strengen Fiskalregeln eingehalten würden.

Es sollte darüber nachgedacht werden, ob ein solcher Fonds Modellcharakter für Lösungen auf Ebene der Bundesländer haben könnte, insbesondere vor dem Hintergrund möglicher verfassungsrecht-

„Ein Sondervermögen ist politisch praktikabler als andere Alternativen.“

lauf zu überwinden (Skalierungsversagen). Die Investitionskosten im Standortwettbewerb müssen rentabel sein, damit die angebotsseitige Reaktion auf veränderte relative Preise wirksam ist, insbesondere bei der Umstellung der Produktion auf Wasserstoff.

- Viertens müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wettbewerbsverzerrende politische Entscheidungen, wie weit überdurchschnittliche Preissignale und strenge Regulierungen zur Minderung der Treibhausgasemissionen in Europa, führen zu Wettbewerbsnachteilen für heimische Produzenten. Es ist daher erforderlich, diese Nachteile durch gezielte Maßnahmen auszugleichen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das, was mit Blick auf die privaten Haushalte über das Klimageld adressiert wird, findet seine Analogie für Unternehmen in den Contracts for Difference (CfD).

Insgesamt sind staatliche Eingriffe notwendig, um die Transformation zur Klimaneutralität erfolgreich zu gestalten und sicherzustellen, sodass Unternehmen und Investoren die notwendigen Anpassungen vornehmen können, ohne durch strukturelle Brüche oder Unsicherheiten beeinträchtigt zu werden. Ordnungspolitisch muss dafür – wie mit den vier Aspekten skizziert – eine Industriepolitik systematisch begründet und entsprechend laufend überprüft werden.

der Mittel, sondern trägt auch zur Durchsetzung der Schuldenbremse gemäß Artikel 115 des Grundgesetzes im Normalhaushalt bei, was sowohl für den Bundeshaushalt als auch für die Haushalte der Länder von großer Bedeutung ist.

Ein Sondervermögen ist dabei politisch praktikabler als andere Alternativen, die entweder unzureichend oder politisch inakzeptabel erscheinen. Die herrschende Unsicherheit bei Investitionen unter politischen Restriktionen birgt das Risiko,

dringend benötigte wirtschaftliche Impulse zu untergraben. Gleichzeitig führt die Debatte um Priorisierung und Einsparungen, insbesondere im Bereich der Subventionen und Sozialleistungen, zu einem politischen Tauziehen, das eine schnelle strukturelle Reform erschwert.

Die bestehende Schuldenbremse ist nicht geeignet, um den strukturellen und wachstumspolitischen Herausforderungen zu begegnen. Eine umfassende Reform dieser Schuldenregulierung stößt aufgrund der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Bundestag auf kaum überwindbaren Widerstand. Die bevorstehende Tilgung von Corona-Krediten ab 2028

licher Bedenken gegenüber den bestehenden Fonds auf Landesebene. Möglicherweise könnte der gesamtstaatliche TIF auch die Finanzbedürfnisse auf Landes- und kommunaler Ebene vollständig abdecken, um eine kohärente und effektive Finanzierung der Transformationsprojekte sicherzustellen.

Insgesamt bietet die Einführung eines Transformations- und Infrastrukturfonds auf verfassungsrechtlicher Basis eine vielversprechende Möglichkeit, die dringend benötigten Investitionen in die Transformation zu ermöglichen und damit den Weg zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung zu ebnet. █

„Eine umfassende Reform der Schuldenregulierung stößt im Bundestag auf kaum überwindbaren Widerstand.“
